

An den  
Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags  
Herrn Dr. Sebatsian Galka  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

01. Dezember 2020

### **Schriftliche Anhörung**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung einer Clearingstelle Windenergie - Drucksache 19/2342**

Sehr geehrter Herr Dr. Galka,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung einer Clearingstelle Windenergie im Land Schleswig-Holstein. Der BWE SH und der LEE SH beziehen hier gemeinsam Stellung.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung bereits im Koalitionsvertrag festgehalten hat, dass

1. der Ausbau der Windenergie an Land wichtig für Klimaschutz und Wertschöpfung ist und
2. mit der Schaffung einer Clearingstelle ein Beitrag für den Erhalt der insgesamt sehr hohen Akzeptanz zum Windenergie-Ausbau im Land geleistet werden wird.

Die Einrichtung der Clearingstelle bei der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten ist zunächst nachvollziehbar und ihrem im Gesetzesentwurf beschriebenen Zweck entsprechend.

Aus unserer Sicht ist es wesentlich, dass durch die Clearingstelle in erster Linie **die Kommunen eine professionelle unabhängige Unterstützung** zur Seite gestellt bekommen, um frühzeitig möglichen Konflikten durch geeignete Präventionsmaßnahmen zu begegnen. Die Kommunen sollten unterstützt werden die vielfältigen Belange zu koordinieren, um einen strukturierten und transparenten Prozess vor Ort zu etablieren. Neben den Kommunen selber sollen sich laut Gesetzesentwurf explizit auch Bürger an die Clearingstelle wenden können, jedoch möchten wir abermals hervorheben, dass die unterstützte Konfliktlösung idealerweise auf kommunaler Ebene passieren sollte.

Ebenfalls wichtig und richtig ist die Feststellung im Gesetzesentwurf, dass Empfehlungen und Verfahrensvorschläge der Clearingstelle keine präjudizierende Wirkung haben und die Clearingstelle gegenüber Behörden nicht weisungsbefugt ist. Das bestehende Genehmigungs- und Planungsrecht

ist umfangreich und allumfassend, sodass diesen unserer Ansicht nach keine weitere Entscheidungsdimension hinzugefügt werden darf.

Die vorgesehene Evaluation der Arbeit der Clearingstelle begrüßen wir ausdrücklich. Dabei sollte, wie auch generell geboten, darauf geachtet werden, dass für die geplante Evaluation nach zwei Jahren zielführende und transparente Evaluationskriterien entwickelt werden. Im Zuge der Evaluation sollte auch behandelt werden, wie sich die Clearingstelle über ihr bisheriges Aufgabenfeld hinaus weiterentwickeln kann. Hier sehen wir im Gesetzesentwurf noch Nachbesserungsbedarf.

Wohlwissend, dass der Begriff Clearingstelle bereits im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen genutzt wird, möchten wir anregen einen anderen Namen für die neue Stelle zu wählen, da es auf Bundesebene bereits die „Clearingstelle EEG/KWKG“ gibt, was aufgrund der thematischen Nähe ein gewisses Verwechslungspotential im Gebrauch birgt.

Darüber hinaus sehen wir einen großen Bedarf an einer zu schaffenden „Koordinierungsstelle Klimaschutz und Energiewende“, die die Themen der Erneuerbaren im Land bündelt und koordiniert und damit die Transformation hin zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Gesellschaft begleitet, die in Schleswig-Holstein eine einzigartige Chance für die lokale Wertschöpfung bietet. Die geplante Clearingstelle könnte auf Landesebene hieran angedockt werden - wie auch die neu gegründete Landeskoordinierungsstelle Wasserstoff. Eine weitreichende institutionelle Vernetzung aller erneuerbaren Themen im Land, um die unterschiedlichen Themen effizient zu behandeln und Synergien zu schaffen, ist aus Branchensicht überfällig. Unter diesem Dach sollten dann auch die weiteren inhaltlichen Themen wie Photovoltaik, Biogas und die kommunale Energiewende stärker als Einheit gedacht werden. Auch hierfür sollte das Land zeitnah entsprechende Programme erstellen und entsprechende Schritte einleiten.

Abschließend appellieren wir an die Landesregierung, sich nicht nur für die Unterstützung im Umgang mit Konflikten der Energiewende zu engagiert, sondern in der politischen Kommunikation allumfassend für das Thema Energiewende zu werben, diese selbstbewusst als größte Chance für das Land darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Marcus Hrach  
Leiter der Landesgeschäftsstelle  
Bundesverband Windenergie  
Schleswig-Holstein



Dr. Fabian Faller  
Geschäftsführer  
Landesverband Erneuerbare Energien Landesverband  
Schleswig-Holstein